

Suburbia und die Postwachstums-Logik

Aussichtsreiche Erneuerungsperspektive oder gedankliche Sackgasse?

Marcus Menzl

Im Frühjahr 2021 geisterte im Vorfeld der Bundestagswahl über Wochen eine Debatte durch die Medienlandschaft, die sich um die künftige Ausweisung von Einfamilienhäusern drehte. Der Leiter des Bezirksamts Hamburg-Nord, Michael Werner-Boelz (Bündnis 90/GRÜNE), hatte angekündigt, in seinem Verantwortungsbereich in neu auszuweisenden Baugebieten keine Einfamilienhäuser mehr vorzusehen, sondern ganz auf Geschosswohnungsbau zu setzen. Er begründete dies mit den immer knapper werdenden verfügbaren Flächen im Bezirk Hamburg-Nord bei gleichzeitig anhaltend starkem Zuzug nach Hamburg.

In der Folge entfachte sich eine bundesweit hitzig geführte Debatte um das von den Grünen angeblich forcierte »Verbot von Einfamilienhäusern« (vgl. u.a. Der Spiegel, 12.02.21; Focus 16.02.21). Die Bürger*innen würden »gegängelt« und darin gehindert, sich ihren »Traum vom Eigenheim im Grünen« zu verwirklichen, der Weg in die »nach wie vor« mit Abstand beliebteste Wohnform der Deutschen würde versperrt. Die Grünen gerieten unter Druck, verwiesen auf das bundesweit beschlossene Ziel, pro Tag nur noch max. 30 ha unbebauter Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke umzuwandeln und auf den im Vergleich zwischen den Gebäudetypen beim Einfamilienhaus höheren Verbrauch an Energie und Baumaterial pro Wohneinheit.

Natürlich war diese Diskussion durch Fehlinterpretationen und Zuspitzungen bewusst herbeigeführt und parteipolitisch instrumentalisiert worden, doch sie zeigt auch, auf welch sensiblen Grund die hier praktizierte Haltung weiterhin trifft. Es sind gut begründbare, aber unpopuläre Botschaften: Der Wachstumskurs kommt an ein Ende! Individuelle Ansprüche und Lebensentwürfe müssen angepasst werden! Es bedarf neuer »Leitplanken« durch eine verantwortungsvolle Politik! Der sich an solchen Forderungen entzündende Diskurs steht exemplarisch für diverse vergleichbare Auseinandersetzungen im Kontext der Überlegungen zur Postwachstumsgesellschaft oder auch zur Postwachstumsstadt, die seit einigen Jahren kursieren (vgl. exemplarisch Lange et al. 2020, Brokow-Loga/Eckardt 2020).

Die Grundidee des Postwachstums besagt, dass in einem hinsichtlich seiner Ressourcen und Ausdehnungsmöglichkeiten begrenzten System unendliches Wachstum schlicht unmöglich ist – und dass der Zeitpunkt für ein konsequentes Umdenken angesichts der globalen Bedrohungen der fragilen ökologischen Zusammenhänge längst gekommen ist. In der Umsetzung bedeutet das unter anderem die Förderung dezentral verorteter Formen von Handwerk, Landwirtschaft und generell Produktion, damit eine Stärkung lokaler und regionaler Versorgungskreisläufe, eine massive Reduzierung von Flächenbedarfen, eine Stärkung von Gemeinwohlperspektiven, sozialen Netzwerken und Sharing-Ansätzen, die Infragestellung von Ansätzen autoorientierter Siedlungsentwicklung und die Einsparung fossiler Energie.

Um das noch weiter zu konkretisieren: In seinem Positionspapier formuliert etwa der ARL-Arbeitskreis »Postwachstumsökonomie« sehr dezidiert Handlungsnotwendigkeiten für Planung und Raumentwicklungspolitik und zeigt darin auf, dass ein grundsätzliches Umdenken und eine Neuausrichtung planerischen Handelns erforderlich sind (ARL 2021). Gefordert werden hier unter anderem eine größere Wertschätzung gemeinwohlorientierter und nicht gewinnorientierter Initiativen/Unternehmen und neue Formen der Kooperation mit ihnen (im Rahmen strategischer Überlegungen, experimenteller Formate etc.); weiterhin geht es darum, den Zielkatalog und das Indikatorensystem für Prozesse der Stadtentwicklung der veränderten Wirklichkeit anzupassen; und schließlich gilt es, eine Umkehr von der Privatisierung hin zur Rekommunalisierung von Versorgungsinfrastrukturen und Wohnraum einzuleiten (ebd.: 10–12). Angestrebt wird ein neues »Ökosystem Stadt« – doch welche Rolle kann hierin der suburbane Raum spielen?

Im suburbanen Raum treffen die genannten Zielsetzungen auf eine komplizierte Ausgangslage. Bekanntlich hat die »klassische« Suburbanisierung in Deutschland ihren Höhepunkt in den Nachkriegsjahrzehnten erlebt, etwa zwischen Mitte der 1950er Jahre und Mitte der 1980er Jahre. Die wesentlichen Kennzeichen dieser Entwicklungsphase waren die schnelle und flächenhafte Expansion der Siedlungsentwicklung in immer weiter von den Kernstädten entfernte Bereiche, die Fokussierung auf Automobilität als treibende Kraft dieses Prozesses, eine einseitige Orientierung auf den Bau von wenig verdichteten Ein- und Zweifamilienhäusern, eine prägnante soziale Selektivität bei diesen Wanderungsbewegungen, die starke Ausrichtung auf die Privatsphäre bei gleichzeitiger Vernachlässigung des Öffentlichen sowie die Entstehung von räumlich getrennten und jeweils rein monofunktional strukturierten Wohn-, Gewerbe- und Einkaufsbereichen. Im Ergebnis kann man wohl kaum zu einem anderen Fazit kommen, als diese Entwicklungen im suburbanen Raum der bundesdeutschen Metropolen als Paradebeispiel für den heute so kritisierten Wachstumskurs zu bezeichnen.

Mittlerweile sind die wachstumsskeptischen bzw. offen wachstumskritischen Stimmen durchaus auch in den suburbanen Gemeinden angekommen: Sowohl von

übergeordneten Planungsinstanzen als auch von Gemeindepolitikern und Teilen der Bevölkerung werden Schritte in Richtung einer Neuausrichtung gefordert (vgl. z.B. BBSR 2016). Die interessante Frage, die auch Gegenstand der folgenden Ausführungen sein soll, ist nun allerdings, auf welche strukturellen und normativen Widerstände eine solche Neuausrichtung in suburbanen Räumen trifft. Wie lässt sich eine jahrzehntelange Entwicklungslogik, die die suburbanen Gemeinden in jeder Hinsicht tief geprägt hat, umsteuern oder doch zumindest in veränderter Weise fortschreiben? Geht das überhaupt oder bewegt man sich hier in eine gedankliche Sackgasse? Welche strukturellen Merkmale hemmen eine Veränderung? Wer sind die Kräfte, die auf mehr oder weniger erfolgreiche Weise auf neue Akzentsetzungen in der Gemeindeentwicklung drängen?

Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, exemplarisch an eine Gemeinde »heranzuzoomen« und so die lokalen Herausforderungen in ihrer ganzen Komplexität sichtbar zu machen. Sicherlich weist jede Gemeinde Unterschiede auf und ist eine Verallgemeinerbarkeit der Befunde daher im Detail nicht gegeben. Die Wahl dieses exemplarischen Vorgehens folgt jedoch der Überzeugung, durch die vertiefte Betrachtung eines Beispiels Strukturmuster herausarbeiten zu können, die dabei helfen können, Entwicklungsmuster und -nöte auch anderer Gemeinden besser verstehen zu können.

Als Fallbeispiel dient Henstedt-Ulzburg, eine etwa 25 km nördlich von Hamburg gelegenen Gemeinde im Kreis Segeberg. Die Wahl auf Henstedt-Ulzburg fiel insbesondere durch die erheblichen Vorarbeiten des Autors zu dieser Gemeinde (vgl. Menzl 2007, 2011, 2017), denen empirische Aktivitäten in Henstedt-Ulzburg seit 1998 zugrunde liegen. Grundlage der beschriebenen Beispielpunkte sind Medienrecherchen und Interviews mit den beteiligten Akteuren.

Im ersten Schritt wird die Entwicklung der Gemeinde in den Nachkriegsjahrzehnten bis Mitte der 2000er Jahre analysiert und die dahinterstehende Entwicklungslogik rekonstruiert. Hieran schließt sich zweitens die detailliertere Betrachtung eines politischen Ereignisses an, das als Wendepunkt in der Ausrichtung der Gemeinde bezeichnet werden kann. Die Bemühungen um eine Neuausrichtung der Gemeindeentwicklung in den vergangenen 15 Jahren bilden den dritten Schritt der Beschäftigung mit Henstedt-Ulzburg.

Ziel dieser Betrachtungen ist es einmal, die wachstumsbedingten Prägungen, d.h. die strukturellen Charakteristika der Gemeinde und ihre Entstehungsgründe herauszuarbeiten. Daneben gilt es die Frage zu diskutieren, wie mit dem Erbe des Wachstumskurses unter veränderten Vorzeichen umgegangen werden kann. Haben die Ideen und Forderungen der Postwachstumsdiskussion das Potential, sich in suburbanen Gemeinden durchzusetzen? Auf welche Widerstände treffen sie, wo sind erste Neuausrichtungen identifizierbar und welche Perspektiven zeichnen sich für die Zukunft ab?

Vom Dorf zur Mittelstadt (ohne Stadtrecht) – Henstedt-Ulzburg als Wachstumsgemeinde

Die heute 28.788 Bewohner*innen zählende Gemeinde Henstedt-Ulzburg liegt auf der Entwicklungsachse Hamburg – Norderstedt – Kaltenkirchen. Wie der Name der Gemeinde bereits andeutet, verbirgt sich hinter »Henstedt-Ulzburg« der Zusammenschluss ehemals eigenständiger Gemeinden. Vollzogen wurde die Zusammenlegung der Gemeinden Ulzburg, Henstedt und Götzberg zu einer »Großgemeinde« am 1.1.1970. Heute ist Henstedt-Ulzburg die (nach Einwohner*innen) fünftgrößte Gemeinde der Bundesrepublik und könnte längst Stadtrechte haben, wenn dies lokalpolitisch gewollt wäre.

Die drei Dörfer Ulzburg, Henstedt und Götzberg waren bis 1945 vor allem landwirtschaftlich geprägt. Mit der Anbindung an das Bahnnetz ab 1884 setzten Entwicklungsprozesse im Bereich des Handels und des Handwerks ein, dennoch wiesen die Dörfer des heutigen Henstedt-Ulzburgs auch im Jahr 1939 lediglich eine Einwohner*innenzahl von 2.279 Personen auf. Der eigentliche Wachstumsprozess der Gemeinden begann im Laufe des Zweiten Weltkriegs mit dem Zuzug ausgebombter Hamburger*innen und ab 1945 mit der Ankunft von Flüchtlingen aus Ostpreußen und Schlesien. Die Einwohner*innenzahlen verdoppelten sich gegenüber den Zahlen von 1939 und flachten auch in den 1950er Jahren nicht mehr ab. Eine systematische Wohnungsbautätigkeit setzte allerdings erst in den 1950er Jahren wieder ein. Die eigentlich als Entlastung der zahlreichen Notunterkünfte vorgesehenen neuen Wohnungen lösten sehr bald schon neue Zuzugsströme aus Hamburg aus. Von der übergeordneten Planung wurde dieser Prozess nicht begrüßt, da das Wachstum auf die Gemeinden des späteren Norderstedts und den Achsenendpunkt Kaltenkirchen gelenkt werden sollte. Rückblickend betrachtet konnte die restriktive Haltung der übergeordneten Planung die dynamischen Wachstumsprozesse der Gemeinde nicht verhindern, allerdings beeinflusste sie diese dadurch, dass sie die Ansiedlung von Gewerbe und die Ausweisung von Geschosswohnungsbau stark begrenzte und damit die einseitige Ausrichtung der Gemeinde de facto mitprägte.

Das stärkste Wachstum der Gemeinde fand in den 1960er und 70er Jahren statt: Die Einwohner*innenzahlen verdreifachten sich in diesem Zeitraum und schnellten von 5.774 Einwohner*innen (1961) auf 18.753 (1980) hoch, prozentual betrachtet wuchs die Gemeinde um 84,4 % (1960er Jahre) bzw. 76,2 % (1970er Jahre). Danach schwächte sich das Wachstum zwar deutlich ab, blieb jedoch prägend für die Gemeinde, im Prinzip bis heute. So wuchs die Gemeinde in den 1990er Jahren noch um 17,4 %, und auch seit der Jahrtausendwende ist stets noch ein leichtes Wachstum zwischen 5 und 10 % zu konstatieren. Hinzu kam seit den 1990er Jahren und verstärkt seit der Eröffnung des direkten Autobahnanschlusses zur A7 in den 2000er Jahren der massive Ausbau der Gewerbegebiete, etwa in den letzten Jahren durch die Logistikzentren von Netto und Rewe.

Die Wachstumsprozesse in Henstedt-Ulzburg wiesen stets einen äußerst selektiven Charakter auf. Über die Ausrichtung des Wohnungsbestands auf Ein- und Zweifamilienhäuser wurden insbesondere Mittelschichtshaushalte mit durchschnittlicher bis gehobener Kaufkraft angezogen. Die Gemeinde profilierte sich damit als Standort für junge Familien, auch wenn sich das bis in die 2000er Jahre z.B. nicht in einem differenzierten und nachfrageorientierten Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten niederschlug. Entsprechend wies die Gemeinde lange Zeit (und im Kern bis heute) Strukturen auf, die von traditionellen Rollenbildern, der massiven Akzentuierung des Privaten sowie einem stark negativen Pendlersaldo geprägt waren.

Kennzeichnend für den Charakter der Gemeinde ist zudem bis heute das Fehlen eines baulich prägnanten und identitätsstiftenden Zentrums. Erst in den 1990er Jahren wurde versucht, im Ortsteil Ulzburg zentrale Funktionen zu entwickeln, doch trotz dieser Maßnahmen ist die Sphäre des Öffentlichen weiterhin wenig ausgeprägt, es fehlen attraktive Orte und dazugehörige Funktionen (Einkauf, Kultur, ein breiteres Spektrum an Gastronomie), die zur Abwicklung alltäglicher Aktivitäten und zum Verweilen einladen. Entsprechend lässt sich das Verhältnis vieler Bewohner*innen zur Gemeinde als reserviert bezeichnen – es ist in vielerlei Hinsicht komfortabel in Henstedt-Ulzburg zu wohnen, doch fällt es vielen Bewohner*innen schwer, sich mit der Gemeinde zu identifizieren. Es fehlen Spuren von Geschichte, aber auch ein authentisches Narrativ, etwas, für das die Gemeinde steht. Ein Bewohner bringt das wie folgt auf den Punkt: »Henstedt-Ulzburg ist ein Ort, in dem man gut wohnen kann, der allerdings ein geringes Prestige besitzt. Also, das kann man eigentlich niemandem erzählen, dass man in Henstedt-Ulzburg wohnt. [...] Für Hamburger ist das völlig inakzeptabel« (Menzl 2007: 138).

Wie entstand das beschriebene Entwicklungsmuster der Gemeinde? Die auf immer weiteres Wachstum fokussierte Ausrichtung Henstedt-Ulzburgs ist das Resultat eines über Jahrzehnte praktizierten Governancemusters, das irgendwann so selbstverständlich wurde, dass es kaum noch hinterfragt wurde. Historisch entstanden ist dieses Governancemuster zu Beginn der 1960er Jahre: Im Januar 1962 wurde in Ulzburg der sog. »Bürgerverein« gegründet, der von Beginn an maßgeblich von »Neubürgern« getragen wurde und deren Integration zu einer seiner zentralen Aufgaben machte (Zelck 1996). Um die Integration zu befördern, wurde die Schaffung eines modernen Gemeinwesens angestrebt, was nur mit neuen lokalpolitischen Mehrheiten möglich schien. Bei den Kommunalwahlen 1962 trat der Bürgerverein in Wahlgemeinschaft mit der FDP an und wurde sofort zur stärksten Fraktion. Gegen den von CDU und SPD im Gemeinderat zur Wahl vorgeschlagenen bisherigen Bürgermeister gelang es dem Bürgerverein, einen eigenen Kandidaten durchzusetzen. Dieser blieb bis zu seiner Pensionierung 1988 Bürgermeister zunächst von Ulzburg und seit 1970 von der Großgemeinde Henstedt-Ulzburg (vgl. ebd.).

Die Wahl des neuen Bürgermeisters stellte eine Zäsur dar: Die Gemeindepolitik orientierte sich fortan nicht mehr primär an der Haltung vieler altansässiger Bewohner*innen, die bezogen auf den städtisch geprägten Modernisierungsprozess skeptisch waren, sondern wesentlich stärker an den Ansprüchen und Lebensstilen der Zugezogenen. Intensive Bautätigkeiten setzten ein, die Gemeinde wuchs und mit ihr die lokalen Infrastruktureinrichtungen. Bedient wurden damit durchaus auch Interessen von länger ansässigen Bewohner*innen: Die Landwirt*innen profitierten von Hof- und Landverkäufen, das Handwerk und der lokale Einzelhandel vom stark wachsenden Kundenkreis und die Vereine oder die Feuerwehr erhielten großzügig ausgebaute Anlagen und Gerätschaften. In den Jahren nach dem Kippen der lokalpolitischen Mehrheiten bildete sich somit ein Entwicklungskurs heraus, der in der Gemeinde konsensfähig war und – zumindest im lokalen Kontext – keine Verlierer hatte. Der Bürgerverein verlor folglich auch bereits wenige Jahre nach seiner Gründung seine Funktion und ging in der lokalen CDU auf, in der die Stimmen der Wachstums- und Modernisierungsskeptiker immer leiser wurden (vgl. Menzl 2007: 92).

Getragen von einer starken CDU hielt sich in den folgenden rund 50 Jahren ein gemeindliches Entwicklungs- und Steuerungsmuster, das im Wesentlichen von zwei Schlüsselakteuren getragen wurde, dem Bürgermeister und dem lokal ansässigen Bauunternehmen.

Von 1962 bis 2009 gab es in der Gemeinde nur zwei Bürgermeister. Der Politikstil, den beide Bürgermeister praktizierten, trug stark paternalistische Züge. Beide Bürgermeister zogen alle Entscheidungen an sich, wofür die Aussage des ersten Bürgermeisters charakteristisch ist: »Man kann nur erfolgreich sein, wenn man die Gemeinde als sein Eigentum betrachtet« (Menzl 2007: 386). Vergeblich kritisierte die Opposition immer wieder, dass die Gemeindevertretung nicht ernst genommen werde. Charakteristisch für die Figur des Bürgermeisters in Henstedt-Ulzburg war zugleich ein hohes Maß an Bürgernähe. Der Bürgermeister, so das Bild, nimmt sich der Sorgen der Bewohner*innen an und ist aufgrund seiner Machtfülle im Stande, kurzfristig verbindliche Entscheidungen zu treffen. Transparenz und Akzeptanz wird in diesem Modell also weniger über die formalen lokalpolitischen Instanzen hergestellt als vielmehr über die unmittelbaren Kontakte des Bürgermeisters zu den Bewohner*innen der Gemeinde. Dabei existierte ganz selbstverständlich ein hochselektives normatives Raster, das berechnete und unberechtigte oder gänzlich abseitige Anliegen voneinander unterschied.

Der zweite für den stark wachstumsorientierten Entwicklungskurs der Gemeinde entscheidende Akteur war das in der Gemeinde ansässige Bauunternehmen.

Der aus Ostpreußen stammende Gründer des Familienunternehmens siedelte sich 1945 in Henstedt-Ulzburg an und eröffnete eine Holzhandlung. 1960 erfolgte dann die Gründung der Grundstücksgesellschaft, deren Aktivitäten sich heute auf das gesamte nördliche Umland Hamburgs verteilen. Zwischen 10 und maximal 25 Prozent der Aktivitäten des Unternehmens fanden dabei in Henstedt-Ulzburg statt (Int. 20.05.2021).

Parallel zu den geschäftlichen Aktivitäten beteiligte sich die Familie intensiv an der Entwicklung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg – anfangs als Mitglied im Bürgerverein, dann in der CDU, zeitweilig auch als Ortsvorsitzender, aber auch bei der finanziellen und ehrenamtlichen Unterstützung von sozialen und kulturellen Aktivitäten in der Gemeinde. Der politische Einfluss des Bauunternehmens gilt vielen als Antwort darauf, wie die Grundstücksgesellschaft an all das Bauland gelangen konnte, das sie über Jahre hinweg immer wieder mit Reihen- und Doppelhäusern für die Mittelschicht bebaute; und als Erklärung für die einseitige soziale Zusammensetzung der Gemeinde, die dem Geschäftsmodell des Bauunternehmens entsprach.

2008, Beckershof: »In Henstedt-Ulzburg ist nichts mehr so, wie es einmal war...«

Die scheinbar stabile lokalpolitische Konstellation hielt bis 2008 – dann vollzog sich ein bemerkenswerter Umbruch. Der nun näher betrachtete Vorgang lässt sich im Ortsteil Ulzburg-Süd lokalisieren, einem Ortsteil mit knapp 4.000 Einwohner*innen, der erst in den Wachstumsjahren nach 1950 im Umfeld einer Bahnstation entstanden war. Wie die gesamte Gemeinde weist der Ortsteil eine hohe soziale, bauliche und (in den einzelnen Bauabschnitten) auch lebenszyklische Homogenität auf; mehr oder weniger stark standardisiert gebaute Formen von Eigenheimen dominieren das Erscheinungsbild. Da sich die Siedlungsentwicklung dieses Ortsteils bis dahin ausschließlich östlich der Bahnstation vollzogen hatte und sich die Flächen westlich der Bahnstation noch komplett in landwirtschaftlicher Nutzung befanden, lag die planerische Überlegung nahe, hier Flächen für Wohnungsbau auszuweisen und den Ortsteil zu erweitern. Diese schon lange bestehende Idee wurde im Jahre 2000 mit der Beauftragung erster Vorplanungen in Angriff genommen. Der neue Ortsteil Beckershof sollte Platz bieten für 3.500–5.000 Bewohner*innen und sich auf eine Fläche von 56 ha erstrecken.

Abb. 1: Luftbild des Ortsteils Ulzburg Süd mit der Lage des geplanten Ortsteils Beckershof



Aus Sicht des Bürgermeisters war die Ausweisung einer großen Ortserweiterung alternativlos: Es gehe darum, eine schrittweise »Vergreisung« der Gemeinde und damit verbunden eine Unterauslastung der bestehenden (familienbezogenen) Infrastruktur zu vermeiden, die drohe, wenn man nicht attraktive und zeitgemäße Wohnangebote für junge Familien entwickle. Alternativen wie eine verstärkte Innenverdichtung und kleinere Arrondierungen des Siedlungsgebietes seien häufig nicht marktgängig und oft konfliktuell, weil Bewohner*innen die noch bestehenden innerörtlichen Freiflächen gegen eine Bebauung verteidigen würden. Zudem sei der neue Ortsteil mit erheblichen Entwicklungschancen gerade für Ulzburg-Süd verbunden, da so die lange geforderte Umgehungsstraße realisiert werden könne und die kritische Masse an Bewohner*innen erreicht werde, um ein eigenes Zentrum mit Einkaufsmöglichkeiten zu schaffen.

In den folgenden Jahren wurde das Projekt schrittweise konkretisiert; u.a. fand ein städtebaulicher Ideenwettbewerb statt, und es gab – für die Standards in Henstedt-Ulzburg – intensive Formen der Bürgerbeteiligung (Informationsveranstaltungen, Zukunftswerkstätten, Sitzungen der lokalen »Agenda 21«-Gruppe). Das Projekt, das nun unter dem Titel »Ortsteil der Zukunft – Beckershof« firmierte, wurde von der Landesplanung ausdrücklich begrüßt (Lage auf der Entwicklungsachse, Verdichtung um eine Bahnstation herum) und in der Folge mit Zielsetzungen weiter aufgeladen (es wurde zum Modellprojekt der Metropolregion Hamburg für nachhaltige, flächen- und kostensparende Gemeindeentwicklung und zum Pilotprojekt für Energieeinsparungskonzepte und naturnahes Wohnen). Alle Parteien in der Gemeindevertretung (CDU, SPD, FDP, WHU) standen hinter dem Projekt, auch die WHU, die in der Ortserweiterung die Chance sah, ihre Vorstellungen

einer nachhaltigen Gemeindeentwicklung umzusetzen und sich entsprechend zu profilieren.

Die 1989 gegründete WHU (Wählervereinigung Henstedt-Ulzburg für Bürgermitbestimmung) tritt für mehr Bürgernähe, langsames und nachhaltigeres Wachstum sowie eine stärkere Fokussierung von Familienpolitik und anderen sozialen Aktivitäten ein. Zwar gelang es der Partei, die Stimmen der irgendwie unzufriedenen Gemeindebewohner*innen auf sich zu vereinen und damit einige Sitze in der Gemeindevertretung zu erringen, doch blieb der Kreis der aktiv in der Partei Mitarbeitenden stets sehr klein. Das strategische Ziel der WHU war es, den Handlungsspielraum des Bürgermeisters einzuengen und ihn mit Hilfe von Instrumenten wie einer Agenda 21-Gruppe, Zukunftswerkstätten oder eines Gemeinde-Leitbilds auf Zielsetzungen einer nachhaltigen Gemeindeentwicklung zu verpflichten.

Im Spätherbst 2007 wurde der Strukturplan für den neuen Ortsteil in der Gemeindevertretung diskutiert und verabschiedet. In diesem Moment realisierten einige Bewohner*innen Ulzburg-Süds erstmals, dass mit der Ortserweiterung negative Effekte auf ihre Wohn- und Lebenssituation sowie den Wert ihres Wohneigentums verbunden sein könnten. Besonders verärgert zeigten sich die Bewohner*innen, die künftig im Kreuzungsbereich der gegenwärtigen Hauptstraße Ulzburg-Süds und der neu zu errichtenden Erschließungsstraße des Ortsteils Beckershof wohnen würden. Anfang 2008 kam es zu ersten Treffen, man begann, die Nachbar:innen für die Planungen zu sensibilisieren und beschloss die Gründung einer Bürgerinitiative, die sich zu diesem Zeitpunkt gegen die geplante Verkehrsführung, jedoch noch nicht gegen die Ortserweiterung insgesamt richtete.

Der Bürgermeister und seine Verwaltung luden die neu gegründete Initiative zu einer Anhörung ins Rathaus ein und boten die Verlegung der Straße um einige Meter, nicht jedoch eine alternative Verkehrsführung an. Dies veranlasste die Initiative, das Projekt grundsätzlich abzulehnen und den Weg über die Öffentlichkeit zu wählen. Zu einem Informationsabend der Initiative im Bürgerhaus erschienen etwa 130 Personen, überwiegend, aber nicht ausschließlich Bewohner*innen aus Ulzburg-Süd sowie Vertreter*innen der Medien und aller politischer Parteien.

Wie begründete die Initiative die Ablehnung des neuen Ortsteils? Relativ unverblümt wurden die belastenden Effekte der Zufahrtsstraße ins Gebiet benannt, die für die Anlieger*innen am Westrand Ulzburg Süds zu erwarten seien. Allerdings wurden auch negative Effekte für Bewohner*innen anderer Ortsteile ins Feld geführt: Durch das »Zupflastern der Natur« gingen Freiflächen verloren, die vorhandene Infrastruktur der Gemeinde (Straßen, Kitas, Schule) werde zusätzlich belastet, die Vielzahl an Neubauten führe zu einem tendenziellen Wertverlust nicht nur der Häuser im Umfeld der neuen Straße, sondern in der gesamten Gemeinde. Als Lösungsangebot wird der Verzicht auf das »Großprojekt« Beckershof und generell größere neue Ortsteile gefordert. Es gehe durch Planungen dieser Art vieles verloren

(Waldkindergarten, Naherholungsgebiete, »vorbeirasende Autos statt zwitschern-der Vögel«), zudem steige durch die Zahl und Dichte der Verkehrsteilnehmer*innen in der Gemeinde auch die Unfallgefahr.

Die nur wenige Monate vor der Kommunalwahl erfolgte Gründung der Initiative bewirkte einen bemerkenswerten und für den weiteren Erfolg der Bewegung entscheidenden Effekt: Die WHU, bislang Unterstützerin von Beckershof, entschied sich, ihre Haltung zum Projekt Beckershof komplett zu revidieren und forderte die vollständige Einstellung aller Planungen. Ihren Meinungswandel begründete die Wählergemeinschaft damit, dass sich gute Kommunalpolitik auch daran zeige, dass man die Bedenken vieler Bürger ernst nehme. Dieser ohne Frage sehr stark wahl-taktisch begründete Schachzug hatte weitreichende Konsequenzen. Aus dem sehr lokalen wurde plötzlich ein grundsätzliches Thema, das exemplarisch den Entwicklungspfad der Gemeinde und die Strukturen der lokalen Entscheidungsprozesse thematisierte.

Die von der Bürgerinitiative und der WHU gestartete Kampagne hatte eine klare zeitliche Perspektive, die Kommunalwahlen am 25. Mai 2008. Mit Hilfe einiger kleinerer medialer Inszenierungen (Übergabe einer Unterschriftenliste an den Bürgermeister, öffentliches Interview mit einem Fernsehsender) und vieler individueller Bürgergespräche gelang es, die Stimmung in der Gemeinde so stark zu beeinflussen, dass auch die lokale SPD noch vor der Wahl vom Projekt Beckershof abrückte – allerdings ohne davon bei der Wahl profitieren zu können.

Die Kommunalwahl erbrachte erdrutschartige Verschiebungen. Die CDU büßte einen Stimmenanteil von 21,75 % ein und verlor damit nicht nur ihre absolute Mehrheit, sondern auch den langjährigen Status, die stärkste Partei in der Gemeindevertretung zu sein. Der große Gewinner war die WHU, deren Stimmenanteil von 14,82 % auf 34,85 % kletterte. In der Analyse des Wahlergebnisses waren sich – trotz der Tatsache, dass ein Erstarken von Wählervereinigungen auch in anderen Gemeinden zu beobachten war – alle Beteiligten einig: Die Beckershof-Kampagne in den letzten drei Monaten vor dem Wahltermin hatte die Wahl entschieden. Bereits am Tag nach der Wahl verkündete der Bürgermeister dann auch das Aus für Beckershof, die Planungen würden nicht weiterverfolgt, sondern endgültig eingestellt.

»In Henstedt-Ulzburg ist nichts mehr so wie es einmal war« – so bewertete die Norderstedter Zeitung (27.05.2008) den Erfolg der Kampagne. Und in der Tat war es innerhalb weniger Monate gelungen, scheinbar unumstößliche Entscheidungsabläufe und damit über Jahrzehnte eingespielte Machtkonstellationen grundlegend in Frage zu stellen.

Das Erbe der Wachstumsjahre I: Neue Konstellationen in der Gemeindepolitik

Wie ging es in Henstedt-Ulzburg nach 2008 weiter? Welche langfristigen Folgen hatte die beschriebene Kommunalwahl für das Selbstverständnis und die Ausrichtung der Gemeinde? Und wie gut gelingt es ihr, neue Wege der Entwicklung einzuschlagen?

Nachdem über Jahrzehnte hinweg die CDU die Gemeindevertretung dominiert hatte, haben sich die Mehrheitsverhältnisse seither verschoben. Die WHU wurde 2008 stärkste Fraktion, spaltete sich kurz darauf jedoch in zwei Fraktionen auf (WHU und BFB, Bürger für Bürger). Das gleiche Muster wiederholte sich 2019, als sich die WHU-Fraktion erneut halbierte und einige der WHU-Gemeindevertreter einen Ortsverband der Grünen gründeten. So kommt es zu der Konstellation, dass in der aktuellen Gemeindevertretung die CDU mit 9 Vertreter*innen zwar de facto die stärkste Fraktion stellt (SPD mit 6, FDP mit 3 Vertreter*innen), die sich politisch nahestehenden Vertretungen von WHU, BFB und Grüne mit je 5 Abgeordneten jedoch sehr starken Einfluss auf die Gemeindepolitik nehmen. Das führt zu einer vielstimmigen und deutlich offeneren Diskussion um die Ausrichtung der Gemeinde, aber auch zu einem Verlust der früheren Eindeutigkeit: In wechselnden Mehrheiten ringen die Vertreter:innen klassischer und »neuer« Fraktionen um die Zukunft von Henstedt-Ulzburg – und die Zerrissenheit der Gemeindevertretung spiegelt natürlich auch unterschiedliche Perspektiven in der Bewohnerschaft wider.

Auch im Amt des Bürgermeisters ist die vormalige Kontinuität verloren gegangen. Nachdem der Amtsinhaber 2009 in das Innenministerium nach Kiel gewechselt war, gab es zwei längere Vakanzen von jeweils rund neun Monaten und drei parteilose Nachfolger*innen, die einen Bezug zu Henstedt-Ulzburg erst schrittweise aufbauen mussten.

Der dritte prägende Baustein der Wachstumsjahre war das lokal ansässige Bauunternehmen. Das Unternehmen wird heute von Teilen der lokalen Öffentlichkeit extrem kritisch gesehen, gilt als Inbegriff einer enthemmten Expansionspolitik, die allein unternehmerischem Kalkül folgte und einen zweifelhaften Mehrwert für das Gemeinwohl hatte. Auch der Firmeninhaber selbst räumt ein, dass Henstedt-Ulzburg für das Unternehmen heute »verbrannte Erde« sei, sie sich lange Zeit einfach zu breit gemacht hatten und sich heute aufgrund der äußerst geringen Erfolgsaussichten gar nicht mehr erst um Grundstücke bemühen müssen (Int. 20.05.2021).

2008 war jedoch nicht nur das Machtdreieck aus Bürgermeister, Bauunternehmen und lokaler CDU ins Rutschen geraten, sondern auch das Selbstverständnis der Gemeinde. Die scheinbar unveränderbaren normativen Grundausrichtungen der Gemeindepolitik wurden plötzlich offensiv in Frage gestellt. Eine sensibilisierte Öffentlichkeit, die plötzlich erkannte, dass sie sich aktiv zu Wort melden und die Gemeindeentwicklung mitgestalten kann, führte zur Diskussion neuer Zielsetzungen

(Innenentwicklung, differenzierteres Wohnungsangebot), eines anderen Umgangs mit Investor*innen (höhere Ansprüche, Definition von Zielen der Gemeinde) und einer Prioritätenverschiebung bezüglich der Gemeindeentwicklung (Konsolidierung statt Wachstum). Die Einflussnahme geschah dabei nicht nur durch die Entstehung neuer politischer Gruppierungen und generell eine wachsamere und auch aktivere Begleitung der offiziellen Gemeindepolitik, sondern ebenso durch intensive Kommentierungen in den 2011 gegründeten digitalen »Henstedt-Ulzbürger Nachrichten« sowie durch öffentliche Debatten zu lokal und temporär auftauchenden Themen (wie z.B. Ulzburg-Center, Beckersberggring usw.).

Das Erbe der Wachstumsjahre II: Dominanz bestehender Strukturen

Das 2008 zunächst entstandene Machtvakuum kann durchaus als große Chance interpretiert werden, vermeintliche Gewissheiten zu hinterfragen und neue Akzente zu setzen. Zugleich konnte man in den vergangenen Jahren jedoch auch sehen, wie stark die Faktizität der in Henstedt-Ulzburg über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen ist und wie sehr dadurch Handlungsspielräume beschnitten werden. Das soll im Folgenden an drei Parametern (Eigentümerstruktur, Gebäudebestand und -belegung, Mobilitätsmuster) veranschaulicht werden (die Daten stützen sich auf die Analysen im Rahmen des IGEK 2019 und der dazugehörigen Vorstudien):

In Henstedt-Ulzburg befinden sich 90 % aller Wohnungen und mehr als 96 % aller Wohngebäude im Besitz von Privatpersonen, überwiegend privater Kleinbesitzer (Abb. 2). Dagegen befinden sich nur 0,3 % der Wohnungen in kommunalem Bestand, sodass unmittelbare Steuerungsmöglichkeiten für die Kommune auf dieser Ebene nicht gegeben sind.

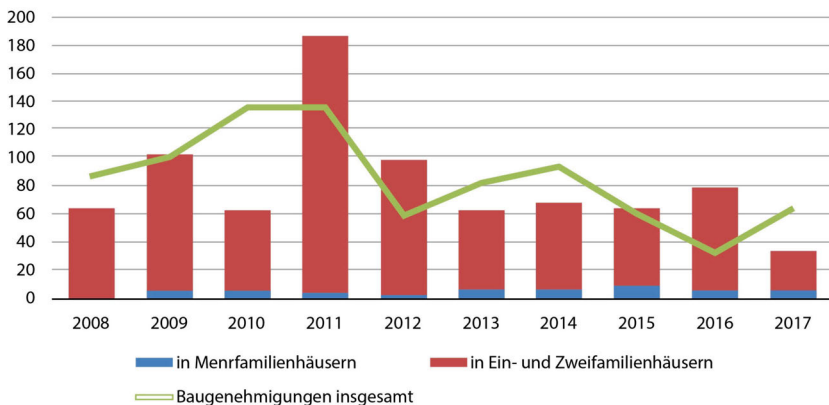
Abb. 2: Eigentümerverteilung des Wohnungsbestands in Henstedt-Ulzburg

Eigentümer*in	Anzahl Wohnungen	Prozentualer Anteil
Gemeinschaft von Wohnungseigentümer* innen	2.411	19,9 %
Privatperson(en)	8.566	70,7 %
Wohnungsgenossenschaft	126	1,0 %
Kommune oder kommunales Wohnungsunternehmen	41	0,3 %
Privatwirtschaftliches Wohnungsunternehmen	955	7,9 %
Bund oder Land	22	–
Organisation ohne Erwerbszweck	3	–

Ein zweiter die Handlungsmöglichkeiten prägender Faktor ist die Gebäudestruktur. Von den 12.773 Wohneinheiten entfallen etwa 63 % auf Ein- und Zweifamilienhäuser und nur rund 37 % auf Mehrfamilienhäuser, d.h. Gebäude mit mindestens drei Wohneinheiten. Darüber hinaus leben in jedem zweiten Wohngebäude in der Gemeinde (und damit in mehr als 4.000 Häusern) maximal zwei Personen, davon in rund 1.000 Häusern nur eine Person. Generell ist in den letzten zehn Jahren ein starker Anstieg an Ein- und Zwei-Personen-Haushalten zu verzeichnen, nur noch 28 % der Haushalte weisen drei oder mehr Personen auf. Hierin drückt sich natürlich auch die demographische Struktur der Gemeinde aus, die (wie vielerorts) deutliche Verschiebungen zu Gunsten der älteren Altersgruppen aufweist (insbesondere der Gruppe 70 Jahre und älter). Diese Prozesse verdichten sich in bestimmten Ortsteilen und Siedlungen, die in den Nachkriegsjahrzehnten von jungen Familien bezogen worden waren und jetzt eine starke Konzentration älterer Bewohner*innen aufweisen.

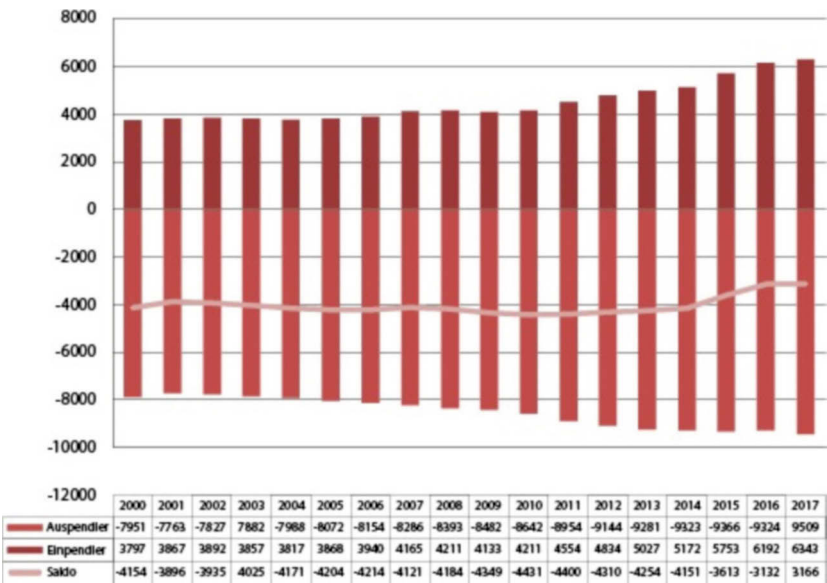
Rund 36 % der Wohngebäude in der Gemeinde stammen aus der Zeit von 1949–78, insofern gibt es hier einen erheblichen Handlungsbedarf. Der oftmals in zentralen Lagen auftretende Erneuerungsbedarf (»Donut-Effekt«), führt allerdings bislang nur selten zur Umwandlung von Ein- und Zweifamilienhäusern in Mehrfamilienhäuser. Die bauliche Entwicklung der letzten Jahre wird vielmehr vom Ersatzneubau geprägt, d.h. nicht mehr wirtschaftlich erhaltenswerte Einfamilienhäuser werden vereinzelt (nicht quartiersweise) durch Neubauten ersetzt. Dabei dominierte im Jahrzehnt von 2008 bis 2017 weiterhin in massiver Weise der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern (990 WE) gegenüber Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern (lediglich 43).

Abb. 3: Baugenehmigungen und Fertigstellungen 2008–2017



Ein dritter die Grundstruktur Henstedt-Ulzburgs wesentlich prägender Faktor ist die Pendelverflechtung. Der Abb. 4 ist zu entnehmen, dass in den letzten Jahren das negative Pendlersaldo zwar leicht reduziert werden konnte, doch liegt das an der starken Zunahme der Zahl der Beschäftigten am Arbeitsort (um 19 % zwischen 2013 und 2017) und damit auch der Einpendler infolge des Ausbaus des Gewerbegebietes. Betrachtet man nur die Zahl der Auspendler, so ist ein weiterer nicht unerheblicher Anstieg zu verzeichnen. Möglicherweise ist dieser Anstieg auf die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen zurückzuführen, die das Rollenmodell der Hausfrau auch in Henstedt-Ulzburg vom Regel- zum Sonderfall werden lässt. Die Ausdifferenzierung der Arbeitsmärkte führt zudem dazu, dass die in Henstedt-Ulzburg entstehenden Arbeitsplätze möglicherweise nicht die Beschäftigtenprofile erfordern, die seitens der Bewohnerschaft der Gemeinde nachgefragt werden, sodass es (wie in vielen suburbanen Gemeinden mit großen Gewerbegebieten) zu einem zeitgleichen Anstieg von Ein- und Auspendlern kommt.

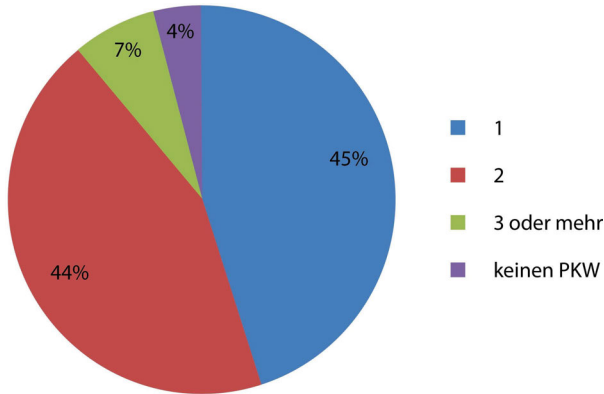
Abb. 4: Pendlerzahlen Henstedt-Ulzburg 2000–2017



Trotz des Angebots der schienengebundenen AKN-Bahn in der Gemeinde liegt besonders der Anteil der Einwohner*innen, die für ihren Weg zur Arbeit den MIV benutzen, mit hohen 78 % noch über dem allgemeinen Durchschnitt der Einwohner*innen der Metropolregion Hamburg und des Bundesvergleichs. Und auch die Anzahl der PKW pro Haushalt unterstreicht die starke Ausrichtung auf den eigenen

PKW. Die monofunktional ausgerichtete Siedlungsstruktur der Gemeinde mit reinen Wohngebieten und räumlich deutlich distanzierten Gewerbegebieten, in denen sich auch substantielle Anteile des Einzelhandels niedergelassen haben, unterstützt die in der Gemeinde dominierende Aufteilung des Modal Splits.

Abb. 5: Anzahl der PKW pro Haushalt in Henstedt-Ulzburg



(Quelle: IGKE 2019)

Die bestehenden Strukturen der Gemeinde engen den Spielraum für Veränderungen spürbar ein. Eingangs erwähnte Zielsetzungen wie die Rekommunalisierung von Wohnraum oder eine Stärkung gemeinwohlorientierter Initiativen mögen theoretisch plausibel sein, sind praktisch jedoch kaum umsetzbar. Insgesamt scheint es wenig Chancen zu geben, signifikante Impulse einer Neuausrichtung zu setzen, eine davon wird im Folgenden dargestellt.

2019, Beckersberggring: Verhinderte Neuausrichtung?

Im Ortsteil Ulzburg wurde 1960 die aus 116 Reihenhäusern bestehende »Beckersberg-ring-Siedlung« fertig gestellt und überwiegend von Neubürger*innen aus Hamburg bezogen. Die Siedlung liegt in zentraler Lage, d.h. in unmittelbarer Nachbarschaft zum Rathaus und der AKN-Station von Henstedt-Ulzburg. Die einzelnen Häuser weisen zumeist eine vergleichsweise geringe Wohnfläche auf (70–80 m²), dafür aber große Gärten mit zum Teil rund 400 m². Nach über 50 Jahren Nutzung wiesen viele Häuser in den 2010er Jahren deutliche Spuren von Verschleiß und Abnutzung auf. Sie galten als energetisch überholt, nicht mehr zeitgemäß und »überaltert«. Eine Besonderheit der Siedlung bestand darin, dass sich die Häuser in der Hand ei-

nes Eigentümers befinden, zuletzt einer Versorgungskasse aus Wiesbaden, und als Mietwohnungen angeboten wurden. Bewohnt wurden diese Häuser zum Teil noch von Erstmiet*innen, zum Teil standen sie aber auch leer, da die verfügbare Wohnfläche und die Grundrisse nur noch eingeschränkt marktgängig waren und insbesondere die ursprüngliche Zielgruppe der jungen Familien nicht mehr ansprachen. Größter Mieter war zuletzt die Gemeinde Henstedt-Ulzburg, die 35 Wohnungen angemietet hatte und zur Unterbringung von Geflüchteten nutzte.

Abb. 6: Beckersberggring-Siedlung in Henstedt-Ulzburg



In einer Gemeinde, deren Eigentumsstrukturen so kleinteilig untergliedert sind wie in Henstedt-Ulzburg, ist die beschriebene Siedlung (zentrale Lage, Sanierungsstau und vor allem nur ein Eigentümer) ohne Frage ein Glücksfall, um eine quartiersbezogene Nachverdichtung anzustreben und mit einer anspruchsvollen Innenentwicklung dem »Donut-Effekt« entgegen zu treten. Insofern begrüßte und ermutigte die Gemeinde die Pläne des Eigentümers ausdrücklich, die Siedlung abzureißen und durch einen verdichteten Neubau zu ersetzen. Geplant war ein Neubaukomplex mit vier- bis sechsgeschossigen Gebäuden, die 225 Wohnungen in unterschiedlichen Größen, teilweise im geförderten Segment sowie eine Tiefgarage und eine Kita enthalten.

Auch wenn zwischen der Gemeinde und dem Eigentümer im Grundsatz Konsens bestand über das Vorhaben, gestalteten sich die Gespräche im Detail kompliziert. Aus der Gemeindevertretung kamen weitreichende Ansprüche, es ging um den Anteil an Sozialwohnungen, um die Übernahme der Erschließungskosten, um den Stellplatzschlüssel und auch um die architektonische Gestaltung der geplanten Neubauten. Orientiert an Standards, die aus großstädtischen Pilotprojekten und

der Literatur bekannt sind, wurden die Gespräche seitens der Gemeinde selbstbewusst geführt, was den Eigentümer zunehmend irritierte.

Hinzu kam, dass die verbliebenen Bewohner*innen der Beckersberg-Siedlung sich gleich nach Bekanntwerden der Abrisspläne 2015 zu einer Bürgerinitiative zusammenschlossen (»Hände weg vom Beckersberggring«). Ihre Forderung war es, die Siedlung zu erhalten und endlich zu sanieren. Die zum Teil schon seit über 40 Jahren dort lebenden Bewohner*innen in hohem Alter wollten nicht noch einmal umziehen müssen und brachten ihre persönliche Situation als soziale Härte in die öffentliche Debatte ein. Die Verhandlungen zogen sich über mehrere Jahre hin. Vier Jahre nach Gründung der Initiative verlor der Eigentümer dann die Geduld und setzte sein lange als Drohkulisse verstandenes Alternativszenario um: Er begann damit, die Häuser einzeln zu verkaufen. In der Gemeinde begann ein Streit um die »Schuldfrage«, CDU und FDP kritisierten die hohen Barrieren, die Investoren in den Weg gestellt werden, und warfen dem Bürgermeister, WHU, BFB und Grünen vor, sich nicht intensiv genug um die Realisierung bemüht zu haben. Der Bürgermeister wiederum kritisierte den Eigentümer, der sich wenig bewegt und z.B. nur einem Anteil von 6 % Sozialwohnungen zugestimmt habe (vgl. Kieler Nachrichten 7.05.2019).

Das Beispiel zeigt in anschaulicher Weise zweierlei: Die Umsetzung planerischer Zielsetzungen der Innenentwicklung ist erstens oftmals hochgradig kompliziert. Der Bürgermeister erklärte per Pressemitteilung:

»So schön es auch sein mag, diese Reihenhaussiedlung mit starken Grünzügen im Ortskern zu erhalten, so wurde doch eine große Chance vertan, eine notwendige Quartiersentwicklung voranzubringen, bei der insbesondere die Bedarfe von älteren wie auch gering verdienenden Menschen berücksichtigt worden wären. Geförderter Wohnungsbau, kleine Wohneinheiten, eine Kindertagesstätte sowie die Lösung des Parkraumproblems mittels einer Tiefgarage hätten Ulzburg als Zentrum der Gemeinde gutgetan.« (Gemeinde Henstedt-Ulzburg, 2019).

Selbst wenn Bürgermeister, Verwaltung und Gemeindepolitik scheinbar all das, was in der Fachwelt diskutiert und gefordert wird, sorgsam umsetzen, können sie am Ende scheitern. Deutlich wird hier das Auseinanderfallen von Wissensarten: Das Wissen der Lehrbücher, Best-Practice-Konferenzen und Expertengutachten ist sicher gut durchdacht und argumentiert – doch ob es sich im oft vertrackten Alltag der Gemeindeentwicklung bewährt, ist eine andere Frage. Möglicherweise müssen hier andere Typen von Erfahrungswissen entwickelt und weitergegeben werden, die Politik und Verwaltung die Transferleistung auf den eigenen lokalen Fall leichter machen.

Der zweite Punkt betrifft den Zielkonflikt, in dem sich Parteien wie WHU, BFB und Grüne immer wieder befinden. Sie treten einerseits für verdichtete Innenentwicklungsprozesse, soziale Wohnraumförderung und energetisch hochwertige Ge-

bäudestandards ein – und befürworten damit den Abriss der Beckersbergsiedlung. Zugleich sehen sie sich jedoch als Anwalt der normalen Leute, in diesem Fall der langjährigen Bewohner*innen der Siedlung – und solidarisieren sich daher mit Forderungen nach dem Erhalt der Siedlung. So beantragten WHU und Grüne kurz nach den gescheiterten Verhandlungen eine Erhaltungssatzung für den Beckersbergring: »Diese kleine Gartenstadt soll in ihren Grundstrukturen nicht verändert werden«, so der Fraktionschef der Grünen, »wir wollen die Siedlung und deren Mieter vor Spekulationen und Unsicherheiten über die Zukunft der Anlage schützen.« (Hamburger Abendblatt, 11.04.2019)

Die Haltung speziell der WHU in den beiden betrachteten Fällen Beckershof und Beckersbergring ähnelt sich in der Tat auf frappierende Weise: Sie treiben plane-rische Entwicklungen voran, geraten angesichts lokaler Proteste dann jedoch ins Zweifeln und rücken zunehmend von dem selbst angeschobenen Projekt ab. Der Vorwurf eines fehlenden Rückgrats liegt da sicherlich nahe, greift so pauschal formuliert jedoch trotzdem zu kurz, da ein sensibles Eingehen auf Zusammenhänge, die man zunächst vielleicht nicht angemessen gewichtet hat, ja durchaus auch Teil einer nachhaltigen und sozial ausgewogenen Form der Stadtentwicklung ist. Die schwierig (und von außen wohl gar nicht) zu beantwortende Frage ist daher, wie die beteiligten Akteure, etwa der Bürgermeister und die WHU, die beschriebenen Dilemmata besser hätten auflösen können.

Fazit

Suburbane Gemeinden stehen heute vor einer Entwicklungs- und Transformationsaufgabe von riesigem Ausmaß. Auf quantitatives Wachstum zu setzen, ist kaum noch möglich: Es wird immer schwieriger, geeignetes Bauland zu finden und auszuweisen, die gemeindeinterne Kritik wächst und auch die traditionelle Kernzielgruppe der jungen Familien fokussiert sich weniger selbstverständlich auf ein stadtnahes Eigenheim im Grünen, da die Konkurrenz um Familien zwischen Standorten der inneren Stadt (vgl. Osterhage/Kaup 2012, Scholich 2019), ländlichen Regionen (vgl. Berlin-Institut 2022) und suburbanen Räumen seit den 2000er Jahren trotz aller Schwankungen (Rink et al. 2021) deutlich zugenommen hat. Die Entscheidungsprozesse der Haushalte differenzieren sich in unübersichtlicher Weise aus, das Spektrum an denkbaren Optionen wächst und gerade Gemeinden wie Henstedt-Ulzburg, die so stark und einseitig von den Wachstumsjahren der Moderne geprägt wurden, tun sich schwer, mit einem heute nachgefragten Narrativ (authentischer Altstadtkern, attraktive »Third Places« etc.) zu punkten. Ein Umdenken und neue Strategien im Sinne des Postwachstums sind also angeraten, doch wie könnten diese mehrheitsfähig werden?

Die Ausführungen zu Henstedt-Ulzburg haben veranschaulicht, wie wirkmächtig sowohl die in den Wachstumsjahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen räumlichen Strukturen als auch die dazugehörigen Denk- und Handlungsmuster bis heute sind. Vergleichsweise einfach ist es dabei noch, Mehrheiten für ein Ende des quantitativen Wachstums der Gemeinde zu finden. Hier scheinen sich die Interessen derer, die Sorge um eine Überlastung des Straßennetzes haben, Engpässe bei der sozialen Infrastruktur fürchten und die grünen Qualitäten ihres Wohnumfeldes geschützt wissen wollen, mit den Positionen der Postwachstumsvertreter zu überschneiden. Die Rede ist dann von Innenentwicklung, Nachverdichtung, qualitativem Wachstum und der Stärkung lokaler Zusammenhänge. Bei etwas eingehender Betrachtung weichen die Positionen dann allerdings doch ziemlich deutlich voneinander ab, da die Bereitschaft, den eigenen (autoorientierten und flächenexpansiven) Lebensstil zu ändern, Nachverdichtungen und größere soziale Mischung im eigenen Umfeld zu akzeptieren oder die persönlichen Konsumgewohnheiten umzustellen, vielfach nicht sonderlich ausgeprägt ist.

Ein zweites Feld, das potentiell mehrheitsfähig ist, kann in dem Wunsch nach mehr lokalen Qualitäten gesehen werden: Ein breiteres, pädagogisch vielfältiges Kita- und Schulangebot; Third Places im lokalen Kontext, die Vernetzung und Begegnung attraktiver machen; Orte mit Anziehungskraft und Aufenthaltspotential, die eine Identifikation mit der Gemeinde erleichtern; Straßen- und Verkehrsräume sowie Mobilitätsstrukturen, die es auch schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen wie Kindern und Senior*innen ermöglichen, sich unkompliziert und gefahrenfrei durch die Gemeinde zu bewegen.

Ein dritter Überschneidungsbereich lässt sich in dem Wunsch nach einer selbstbewusst auftretenden Gemeinde identifizieren, die sich nicht von Investor*innen sagen lässt, wie gebaut wird, sondern die dem Markt sehr starke Leitplanken setzt. Auch das ist konsensfähig und seit Jahren schon eine zentrale Forderung der WHU.

Es gibt thematisch also durchaus Anknüpfungspunkte, an denen sich Erneuerungsprozesse in der Gemeinde entfalten könnten. Das Beispiel Henstedt-Ulzburg hat allerdings auch gezeigt, wie schwierig es ist, sich auf eine zukunftsfähige Entwicklungsperspektive zu verständigen und insbesondere praktikable Handlungsansätze zu finden, die es erlauben, die prägenden Strukturen aus den Wachstumsjahren zu transformieren. Zu beobachten ist bislang eher ein schwergängiges Durchwursteln, ein mühsames Ringen um einzelne Projekte und insgesamt eine wenig konsistente Handlungspraxis. Die flächige Ausweisung von Wohnflächen wird zurückgefahren, dafür expandieren die Gewerbegebiete signifikant; die Innenentwicklung wird als Leitbild vorgegeben, lässt sich aber nur schwerlich und in sehr kleinen Schritten umsetzen; die Gemeinde möchte die Einseitigkeiten der gewachsenen Strukturen verändern, aber nicht gegen den Willen einzelner Bürgergruppierungen; breitere Zielgruppen sollen mit Wohnangeboten versorgt werden, doch dosiert und verträglich. Zwar werden auch immer wieder

Nachhaltigkeits- und Postwachstumsargumente ins Feld geführt, doch mitunter in stark instrumenteller Weise: Sie dienen dann (wie gezeigt) in hohem Maße der politischen Profilierung und der Stützung von Kampagnen, die die Umsetzung der Interessen einzelner lokaler Akteur*innen oder Akteursgruppen befördern sollen. Und sie bleiben ausschnitthaft, da der eigene Lebensstil eines Großteils der Bewohnerschaft nicht in Frage gestellt werden soll und – aufgrund der bestehenden Siedlungsstrukturen – zumindest kurzfristig auch nicht in Frage gestellt werden kann.

Von einer Postwachstumsphase kann insofern bislang schwerlich die Rede sein, allenfalls werden einzelne Zielsetzungen, die mit Postwachstumsdenken deckungsgleich sind, quasi durch die »Hintertür« eingeführt. Das ist in gewisser Weise ernüchternd, ist aber nicht unbedingt eine gedankliche Sackgasse, sondern zeigt durchaus auch einen Weg auf: Es wird in den meisten Fällen vermutlich nicht über den »großen Wurf« gelingen, Erneuerungsprozesse herbeizuführen, sondern nur über viele kleine und mühsam erarbeitete Schritte, die Überzeugungskraft und Pragmatismus, aber vor allem Hartnäckigkeit und ein realitätsbezogenes Gestaltungsgeschick erfordern. In gewisser Weise geht es also darum, die Postwachstumslogik auf den lokalen Kontext herunterzubrechen und in gewohnte Denk- und Handlungslogiken einzuweben. Den Status Quo zu respektieren und ihn trotzdem zu verändern – das ist die Aufgabe.

Literatur

Anonymisiertes Interview am 20.05.2021

ARL (Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft) (2021): Postwachstum und Raumentwicklung. Denkanstöße für Wissenschaft und Praxis. Positionspapier aus der ARL 122, Hannover.

BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (2016): Im Schatten der Reurbanisierung? Suburbias Zukünfte. Informationen zur Raumentwicklung 3/2016, Bonn.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung/Wüstenrot Stiftung (2022): Landlust neu vermessen. Wie sich das Wanderungsgeschehen in Deutschland gewandelt hat, Berlin/Ludwigsburg.

Brokow-Loga, Anton/Eckardt, Frank (Hg.) (2020): Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik, München: oekom, <https://doi.org/10.14512/9783962386962>

Der Spiegel: »Einparteienhäuser sorgen für Zersiedelung«, in: Der Spiegel vom 12.02.2021

Focus: »Grünen-Peitsche oder echte Lösung? Was Verbot des Einfamilienhauses bringen würde«, in »Focus« vom 16.02.2021

- Gemeinde Henstedt-Ulzburg (2019): Erklärung zur Entscheidung von SOKA-BAU, das Neubauprojekt am Beckersberggring aufzugeben, https://www.henstedt-ulzburg.de/aktuelles/20190320_soka-bau.html vom 27.06.2022.
- Hamburger Abendblatt (2019): Beckersberggring – Quartier mit ungewisser Zukunft, <https://www.abendblatt.de/region/norderstedt/article216922307/Beckersberggring-ein-Quartier-mit-ungewisser-Zukunft.html> vom 27.06.2022.
- Henstedt-Ulburger Nachrichten (2020): Nach Kehrtwende im Beckersberggring wird's jetzt wieder richtig lebendig, <https://ulzburger-nachrichten.de/nachkehrtwende-im-beckersberggring-wirds-jetzt-wieder-richtig-lebendig/> vom 27.06.2022.
- IGEK (2019): Bestandsaufnahme inkl. SWOT-Analyse im Rahmen der Erarbeitung des Integrierten Gemeindeentwicklungskonzeptes »hu2030+« für Henstedt-Ulzburg.
- Kieler Nachrichten (2019): Beckersberggring: CDU beschuldigt Bauer, <https://www.kn-online.de/lokales/segeberg/beckersberggring-cdu-beschuldigt-bauer-NZZT2HH7QUFZB3MBTBKJAHLDKA.html> vom 27.06.2022.
- Lange, Bastian/Hülz, Martina/Schmid, Benedikt/Schulz, Christian (Hg.) (2020): Postwachstumsgeographien. Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien, Bielefeld: transcript.
- Menzl, Marcus (2007): Leben in Suburbia. Raumstrukturen und Alltagspraktiken am Rand von Hamburg, Frankfurt a.M.: Campus, <https://doi.org/10.2307/j.ctvdf0h8w.16>
- Menzl, Marcus (2011): Nimby-Proteste – Ausdruck neu erwachten Partizipationsinteresses oder eines zerfallenden Gemeinwesens? in: Norbert Gestring/Renate Ruhne/Jan Wehrheim (Hg.), Stadt und soziale Bewegungen, Wiesbaden: Springer, S. 65–81, https://doi.org/10.1007/978-3-658-01398-1_4
- Menzl, Marcus (2017): Das Eigenheim im Grünen. Kontinuität und Wandel eines Sehnsuchtsortes. in: Zeitschrift für Kulturwissenschaften 1, S. 117–131, <https://doi.org/10.14361/zfk-2017-0109>
- Osterhage, Frank/Kaup, Stefan (2012): Reurbanisierung als neue Phase der Stadtentwicklung? Eine Analyse der Bevölkerungs- und Beschäftigtenentwicklung in Deutschland 1999 bis 2009, in: Jahrbuch StadtRegion 2011/12, Opladen: Budrich, S. 125–141, <https://doi.org/10.3224/jbsr.v7i1.07>
- Rink, Dieter/Haase, Annegret/Leibert, Tim/Wolff, Manuel (2021): Corona hat das Städtewachstum ausgebremst. Die Einwohnerentwicklung deutscher Großstädte während der Corona-Pandemie. UFZ Discussion Papers 3/2021, Leipzig.
- Scholich, Dietmar (Hg.) (2019): Reurbanisierung zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Ein Blick auf nordwestdeutsche Städte und Regionen. Arbeitsberichte der ARL 27. Hannover: Verlag der ARL.

Zelck, Volkmar (1996): Ortsgeschichte Henstedt-Ulzburg. Die Entwicklung der Dörfer Götzberg, Henstedt und Ulzburg bis zur Großgemeinde. Husum: Husum Druck- und Verlagsgesellschaft.

Abbildungen

Abbildung 1: Gemeindearchiv Henstedt-Ulzburg

Abbildung 2: IGEK (2019): Bestandsaufnahme inkl. SWOT-Analyse im Rahmen der Erarbeitung des Integrierten Gemeindeentwicklungskonzeptes »hu2030+« für Henstedt-Ulzburg

Abbildung 3: IGEK (2019): Bestandsaufnahme inkl. SWOT-Analyse im Rahmen der Erarbeitung des Integrierten Gemeindeentwicklungskonzeptes »hu2030+« für Henstedt-Ulzburg

Abbildung 4: IGEK (2019): Bestandsaufnahme inkl. SWOT-Analyse im Rahmen der Erarbeitung des Integrierten Gemeindeentwicklungskonzeptes »hu2030+« für Henstedt-Ulzburg

Abbildung 5: IGEK (2019): Bestandsaufnahme inkl. SWOT-Analyse im Rahmen der Erarbeitung des Integrierten Gemeindeentwicklungskonzeptes »hu2030+« für Henstedt-Ulzburg

Abbildung 6: Karsten Kebernick (2019): Erklärung zur Entscheidung von SOKA-BAU, das Neubauprojekt am Beckersbergring aufzugeben, https://www.henstedt-ulzburg.de/aktuelles/20190320_soka-bau.html